



# Belegschaftsinfo

Nr. 147, 23.7.03

## Information der Belegschaftsliste

für die Beschäftigten bei Bayer Wuppertal

# Bei unwirksamer Medizin nützt höhere Dosis nichts

### Abbau des Sozialstaats stimuliert die Wirtschaft nicht - argumentiert der Wissenschaftler Gerhard Bäcker

FRANKFURT A. M. Nicht der Sozialstaat blockiert den Aufschwung der Wirtschaft in Deutschland. Und deshalb lässt sich über den Abbau von sozialstaatlichen Leistungen der Aufschwung hier zu Lande auch nicht herbeiführen oder beschleunigen - selbst wenn Regierungs- und Oppositionspolitiker, Verbände und wirtschaftswissenschaftliche Institutionen noch so vehement das Gegenteil behaupten. Mit diesen Aussagen kritisiert der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler Gerhard Bäcker die Agenda 2010, mit der die Regierungskoalition der ökonomischen Entwicklung neuen Schwung geben will. Er betont im Gespräch mit der Frankfurter Rundschau, dass die dort genannten Rezepte lediglich darauf hinauslaufen, eine Medizin höher zu dosieren, von der bekannt ist, dass sie nicht hilft.

Die aktuelle Wirtschaftskrise führt Bäcker auf drei Faktoren zurück: Zum einen auf die "völlig verfehlte Finanzpolitik der vergangenen Jahre". Sie zielte darauf, Personen mit hohem Einkommen und Unternehmen steuerlich zu entlasten. Das habe aber lediglich zum chronischen Defizit der öffentlichen Haushalte beigetragen. Zum anderen werde seit langem versucht, die Ökonomie anzukurbeln, indem die "Angebotsseite", also die Unternehmen, systematisch entlastet werden. Die private Nachfrage bleibe dagegen "sträflich vernachlässigt". Dies sei "völlig gescheitert", genauso wie der Versuch, sich durch eine "reine Exportförderung gewissermaßen an den eigenen Haaren aus dem Sumpf zu ziehen".

Ebenfalls nicht der geringste Erfolg sei der Strategie beschieden, Arbeitslose durch immer stärkeren Druck - Reduzierung der Unterstützung oder Verschärfung von Zumutbarkeitsregeln - "in Beschäftigung zu drängen".

Obwohl die Untauglichkeit dieser Rezepte seit langem nicht mehr zu übersehen sei, würden Unternehmer und Verbände weiter danach verlangen und die Politik verschreibe sie munter.

Auch Bäcker, der zusammen mit mehr als 500 Wissenschaftlern den Aufruf "Sozialstaat reformieren statt abbauen" lanciert hat, will "die Investitionsquote in der Volkswirtschaft erhöhen". Er setzt dabei allerdings auf öffentliche Aufträge "insbesondere der Kommunen, in denen wir massive Defizite an öffentlicher Infrastruktur feststellen". Das setze "natürlich voraus, dass wir kurzzeitig

bereit sein müssen, auch eine höhere Netto-Verschuldung aktiv hinzunehmen". Der Wirtschaftsprofessor hält das für weitaus günstiger als "höhere Schulden passiv zu erdulden - wie das Finanzminister Hans Eichel jetzt machen muss".

Bevor Unternehmer investierten, müssten sie "von der Absatzseite her" erst einmal dazu motiviert werden. Deshalb sei dafür zu sorgen, dass der Bürger bereit sei, Geld auszugeben. Vor diesem Hintergrund sei es kontraproduktiv, gerade "jene Haushalte zu belasten, die eine besonders hohe Konsumquote haben", die also einen vergleichsweise großen Teil ihres Einkommens in den privaten Verbrauch fließen lassen. Genau diesen Weg

Fortsetzung auf der nächsten Seite ->

### Zukunfts- Investitionen: Sicherheit ist Trumpf

Die Regierungskrise in NRW ist beigelegt. Neue Projekte erscheinen geradezu revolutionär. Nach dem „AUS“ für den Metrorapid sind Landesmittel frei, die für den Umweltschutz auch im weitesten Sinne beispielhaft sind: Nach Abschluss der Überdachungen von 2 Autobahnabschnitten an der Wuppertaler A46 soll jetzt das Bayer-Werk an der Wupper als Pilotprojekt großflächig überdacht werden. Ein Architektenwettbewerb unter dem Arbeitstitel „Käseglocke“ wird in Kürze starten. Werkleiter von der Linden ist überglücklich, denn gleich eine Reihe von Problemen wird sich dadurch lösen.

Mögliche Emissionen aus der Pharmaproduktion werden bereits vorbeugend aufgefangen, die Anlagen und Gebäude sind vor Umwelterosionen dauerhaft geschützt. Und die angestrebte Sicherheit gegen unbefugtes Eindringen werksfeindlicher Subjekte ist dann nahezu ausgeschlossen. Schon jetzt müssen alle sich selbstständig auf dem Werksgelände bewegend Subjekte einen Sichtausweis mit Aufenthaltsberechtigung tragen. Phantasie für die Sicherheit ist unser höchstes Gut, heißt es in der Pharmaleitung. Und so werden auch die Lachse und Forellen in der Wupper schnell lernen, die Stacheldraht Hindernisse zu überwinden. Wahrscheinlich bekommen sie einen Ausweis mit berührungsloser Technik zur Wasserschleusenöffnung... Bei Hochwasser befürchten wir allerdings erhebliche Schwierigkeiten in der Ausweissichtkontrolle – unter Wasser.

## Bei unwirksamer Medizin nützt keine Dosis

aber verfolge die Politik, die Sozialleistungen immer stärker beschneide.

Bäcker unterstreicht die fortbestehende Notwendigkeit einer aktiven Arbeitsmarktpolitik. Sie sei unentbehrlich "gerade für jene Personen und Regionen, die besonders benachteiligt sind". Die "völlige Austrocknung" von Fortbildung, Umschulung und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen "führt letztlich zu höherer Arbeitslosigkeit und keinesfalls zu geringerer".

Als weiteren wichtigen Schritt, um die Arbeitslosigkeit zu reduzieren, nennt Bäcker "auch und gerade in der Krise" eine "Arbeitszeitpolitik, die auf unterschiedlichen Wegen das begrenzte Erwerbsarbeitsvolumen in dieser Gesellschaft anders verteilt". Statt Überstunden sollten durch Arbeitszeitverkürzung Jobs geschaffen und gesichert werden. Anderslautende Vorschläge von Politikern und



Verbandsfunktionären, die - angeführt von Wirtschaftsminister Wolfgang Clement - durch die Reduzierung der Feiertage für längere Arbeitszeiten sorgen wollen, hält Bäcker für unlogisch. Eine Verlängerung der Arbeitszeit ohne Lohnausgleich für jene, die einen Job haben, bedeute für die Volkswirtschaft weder, dass das Bruttoinlandsprodukt wachse, noch dass die Erwerbslosigkeit sinke: Wenn alle mehr arbeiten, steige natürlich zunächst die Produktion. Nur - ohne mehr Lohn und Gehalt, also einer stärkeren Kaufkraft der Bürger, fänden hier zu Lande diese mehr produzierten

Waren und Dienstleistungen keinen Absatz.

"Andersherum wird ein Schuh daraus", hält Becker den Befürwortern von weniger Feiertagen entgegen: "Wir sind nicht in der Situation, dass die Wirtschaft nicht expandieren kann, weil Arbeitskräfte fehlen, sondern in Deutschland suchen zu viele Menschen Jobs, die nicht in ausreichendem Maße angeboten werden." Deshalb sei das "Gebot der Stunde", über eine "beschäftigungsfreundliche Umverteilung" der Arbeit zu reden.

Für die Lösung der Finanzierungsprobleme in den sozialen Sicherungssystemen - Renten- und Krankenkassen - plädiert der Wirtschaftswissenschaftler für "einen offensiven Weg nach vorne": Für die Einführung einer "allgemeinen Erwerbstätigenversicherung mit der Perspektive einer

Bürgerschaftsversicherung, die alle Menschen in das soziale System holt". Solidarität lasse sich nicht teilen in jene, "die drin sind" und andere, die "»Möglichkeiten haben in für sie vorteilhaftere Wege auszuscheren". Die Stabilität der sozialen Systeme verlange Ausweitung und nicht die von der Politik betriebene Einschränkung.

Obwohl weder die zunächst kritischen Teile der Sozialdemokratie noch die Gewerkschaften der Agenda 2010 großen Widerstand entgegengesetzt hätten, erwartet Bäcker, dass die gesellschaftspolitische Debatte "spätestens im Herbst" erneut aufbricht. Der Autor

Professor Gerhard Bäcker, 56, ist Inhaber des Lehrstuhls für praxisorientierte Sozialwissenschaft an der Universität Duisburg-Essen.

Nachdruck mit freundl. Genehmigung der Frankfurter Rundschau

## Bush und Blair belogen Parlamente und Öffentlichkeit

Es sind mittlerweile eher beiläufige Mitteilungen: Der englische Premierminister Blair bekommt von der von ihm persönlich eingesetzten Kommission bescheinigt, dass er die Informationen, mit denen er den Angriffskrieg gegen den Irak begründete, nicht richtig interpretierte.

**Die englische BBC spricht deutlich von Betrug und Lüge.**

„Ehrlicher“ ist da schon die amerikanische Regierung. Sie gesteht auf Anfrage demokratischer Abgeordneter ein, im Januar vor dem Kongress und der Weltöffentlichkeit die Unwahrheit gesagt zu haben.

Alle für den Krieg gegen den Irak vorgetragenen Behauptungen brechen nach und nach zusammen wie ein Kartenhaus. Und die Reaktionen und Konsequenzen?

Die Bundesregierung nimmt keine Stellung zu den offensichtlichen Lügen in London und Washington.

Die UN reagiert ebenfalls nicht.

Bush und Blair kommen nicht vor ein Kriegsgericht, obwohl sie massiv gegen Völkerrecht verstoßen haben.

Für eindeutig wirtschaftliche Interessen dürfen nicht nur Länder wie die USA und England offensichtlich ungestraft andere Staaten überfallen und besetzen. Tote und Gefangene werden kommentarlos hingenommen. Bodenschätze, wie im Irak das Öl, werden von US - Firmen ausgebeutet.

### Fazit:

Für die Belegschaftsliste sind solche Machenschaften ein Grund mehr dafür, gegen einen hemmungslosen Kapitalismus vorzugehen. Dieser wird unter dem Deckmantel einer notwendigen Globalisierung von multinationalen Konzernen, gewissenlosen neoliberalen Politikern, dem IWF und der WTO betrieben.

Die Belegschaftsliste setzt sich weiter aktiv für eine nationale und internationale Zusammenarbeit und Solidarität als notwendige Gegenkraft ein.

**Betriebsräte der Belegschaftsliste:** V.i.S.d.P. Margot Kellermann, Friedrich-Ebert-Straße, Haan

**Klaus Annuß**, PH-OP ELB WP Ö+S, Geb. 52, Tel. 7307;  
**Gonda Dörschelln**, PH-OP ELB QW, Geb.302, Tel. 2816  
**Siegbert Hufschmidt**, Betriebsrat, Geb.54, Tel. 7543  
**Björn Reitz**, PH-OP ELB QW, Geb.302, Tel. 2765  
**Beatrix Sassermann**, PH-R EU SID, Geb. 459, Tel. 4284

**Michael Schmidt-Kießling**, Betriebsrat, Geb.54, Tel.2546  
**Gabi Stallony**, PH-R EU-CF (CWL), Geb. 460, Tel. 5519  
**Gerd-Peter Zielezinski**,PH-OP-ELB Betr. 2/4 ,Geb 9, Tel. 2567  
*Erste Ersatzmitglieder:*  
**Ulrich Franz**, PH-R EU CF, Geb. 455, Tel. 4475  
**Ralf Hochwald**, PH-OP ELB WP TR, Geb. 90, Tel. 7345

**Die Belegschaftsliste im Internet: [www.belegschaftsliste.de](http://www.belegschaftsliste.de)**

# Internationaler Aktionstag gegen Coca Cola: Unterdrückung von Gewerkschaftern bei Coca Cola in Kolumbien



Der 22. Juli wurde vom Weltsozialforum und vom Europäischen Sozialforum zum internationalen Aktionstag gegen das

transnationale Unternehmen *Coca Cola* ausgerufen. An diesem Tag soll ein einjähriger Boykott von *Coca Cola* - Produkten beginnen. Hintergrund sind die massiven Angriffe auf die kolumbianische Lebensmittengewerkschaft SINALTRAINAL durch paramilitärische Gruppen in Kolumbien. SINALTRAINAL beklagt allein bei *Coca Cola* bisher 8 ermordete Gewerkschafter und ist permanent Drohungen und Angriffen wie Entführungen, unbegründeten Verhaftungen und Terrorismusvorwürfen ausgesetzt.

## 120 Angriffe

Seit Anfang der 90er Jahre zählte die Gewerkschaft über 120 solcher Angriffe. Einige dieser Vorfälle brachte die Gewerkschaft SINALTRAINAL gemeinsam mit der US-amerikanischen Gewerkschaft UNITED STEEL WORKERS in den USA gegen *Coca Cola* zur Anklage. Obwohl das Ge-

richt die Klage gegen die kolumbianischen Abfüllunternehmen weiterverfolgt, weigert sich die *Coca Cola Company* weiterhin, ihre repressive Politik zu ändern und Verantwortung für die Angriffe zu übernehmen.

Im letzten Jahr fanden zu den Vorfällen öffentliche Anhörungen in Atlanta/USA, Brüssel und Bogota/Kolumbien statt, auf denen eine Ausweitung der Proteste gegen *Coca Cola* und ein einjähriger Boykott der *Coca Cola* Produkte beschlossen wurde. In dem Aufruf heißt es, dass die internationale Kampagne sich nicht auf den Kaufboykott beschränken darf, sondern dass permanente Mobilisierungen und der Kampf gegen die Politik des *Coca Cola* Konzerns erforderlich sind. Der Protest soll mit weiteren Aktionen gegen andere multinationale Unternehmen verknüpft werden und versteht sich im Rahmen eines breiten Widerstandes gegen Globalisierung und für Frieden, soziale Gerechtigkeit und Wohlstand weltweit. Die internationale Kampagne sieht sich somit als Teil der globalisierungskritischen Bewegung.

## Pressekonferenzen

Am 22. Juli haben in Bogota, New York und Rom Pressekonferenzen zur Kampagne stattgefunden, aber auch in vielen anderen Städten und Ländern fanden Aktionen gegen die Verfolgung von Gewerkschaftern in Kolumbien statt, so auch in der Innenstadt von Wuppertal.

Ein gutes Beispiel von Solidarität ist der öffentlich gemachte Boykott von *Coca Cola* Produkten durch fünf Wuppertaler Clubs/Kneipen. Es muss nicht unbedingt Boykott sein, wichtig ist vielmehr, dass durch eine kritische Öffentlichkeit permanent Druck auf das Unternehmen ausgeübt wird.

Weitere Informationen zum Thema auf [www.belegschaftsliste.de](http://www.belegschaftsliste.de) und der Webseite der Kolumbienkampagne [www.kolumbienkampagne.de](http://www.kolumbienkampagne.de)

## Mitarbeiterüberwachung durch Kameras zugestimmt

In der Betriebsratssitzung am 16.7.03 wurde ein Regelungsentwurf gegen den erbitterten Widerstand der Belegschaftsliste mit Mehrheit aller anderen Betriebsräte beschlossen.

Ausdrückliches Ziel der IG BCE-Betriebsräte war es, dass bei Kameraüberwachungen die Auswertung der Kameraaufzeichnung nicht nur im Fall eines Diebstahlverdachts, sondern schon allgemein bei „Auffälligkeiten“ erfolgt.

Konkreter Anlass war die von der Unternehmensleitung gewünschte Überwachung der Produktion von Vardenafil. Die Belegschaftslistenbetriebsräte befürworteten eine Auswertung nur, wenn es einen Anfangsverdacht bezüglich Diebstahl gibt, ansonsten seien die Daten nach einem definierten Zeitraum zu löschen.

Diesem Vorschlag konnten sich die IG BCE-Betriebsräte nicht anschließen. Sie bestanden auf der Formulierung dass ausgewertet werden kann, wenn "Auffälligkeiten" im Betrieb vorhanden sind. Da "Auffälligkeiten" ein juristisch dehnbarer Ausdruck ist, sind nach unserer Auffassung der Auswertung alle Türen und Tore geöffnet. Auffälligkeiten können Sabotage sein, aber auch geringe Ausbeute oder eine Färbung eines Ansatzes, oder was auch immer.

Damit hat die IG BCE den Kollegen einen Bärendienst erwiesen. Wenn auch nicht direkt mit einer vermehrten Überwachung zu rechnen ist (z.Z. sind 8 Kameras geplant), so ist doch für die Zukunft nicht ausgeschlossen, dass weitere Bereiche per Kamera überwacht und das Verhalten der dort Beschäftigten ausgewertet werden kann.

## Ausbildungsplatzinitiative auch bei Bayer ????

Wer denkt, dass in Zeiten mangelnder Lehrstellen auch der Weltkonzern Bayer zu den Unternehmen gehört, die schnell und unbürokratisch den einen oder anderen zusätzlichen Ausbildungsplatz anbieten, sieht sich getäuscht. Bayer hat noch 18 freie Plätze (vorwiegend in Leverkusen, Stand Mitte Juli) die noch zu besetzen sind. Anstatt nun alle Werke zu fragen ob sie diese freien Plätze nicht besetzen können, geht man in Leverkusen lieber auf Tauchstation. So beklagt man sich im Fernsehen lieber, dass es nicht genügend qualifizierte junge Menschen gibt um sie auszubilden. Der Betriebsrat aus dem Bayerwerk Wuppertal möchte gerne auch Jugendlichen ohne Schulabschluss eine Perspektive geben. Hierzu stößt man aber in Leverkusen auf taube Ohren. Dort hatte Bayer dieses Programm in den letzten Jahren exklusiv für den Standort Leverkusen in Anspruch genommen und ebenfalls nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft. Wenn Verantwortliches Handeln nichts Tun bedeutet ist die Zielvereinbarung ja dann zu 100% erreicht.

# Rückblick Betriebsversammlung

## Betriebsrat besser als sonst, trotzdem hat's nicht gereicht!

90 Prozent der Beschäftigten nahmen erst gar nicht an der Versammlung am 19.6. teil. Die 300 Anwesenden konnten dann feststellen, dass eine Auseinandersetzung mit dem Arbeitgeber über Jugendarbeitslosigkeit vom Betriebsrat Karl Heinz Langhammer nicht geführt wurde. Kein Wort über die Ausbildungskampagne der Arbeitsämter. Keine Kritik an der Bayer AG, die nur einen zusätzlichen Ausbildungsplatz in Wuppertal bis dahin angeboten hatten, dabei gibt es unzählige Jugendliche in Wuppertal, die im Jahr 2004 keinen Ausbildungsplatz haben werden. Interessant war dann die Aussage, die IG BCE-Betriebsräte wären glücklich über den Azubi-Pool. Diese Auffassung ist neu, denn bisher wurden die Pools eher als kleineres Übel gesehen. Danach ging Kurt Bernauer als zweiter Berichtserstatter des Betriebsrates an das Mikrofon. Er nahm sich der Sorgen der Beschäftigten bezüglich der Überwachungskameras an. Man konnte den Eindruck gewinnen, der gesamte Betriebsrat würde aktiv werden gegen den von der Unternehmensleitung geäußerten Wunsch, Videokameras zu installieren. Dann kam leider eine fatale Falschaussage in Bernauers Vortrag: "Ein Gerichtsurteil würde eine Mitbestimmung des Betriebsrates bei verdeckten Videoüberwachungen verneinen." Und somit ist der Betriebsrat raus bei der Mitbestimmung. Der Betriebsrat müsse das Vorgehen der Unternehmensleitung dulden. Dabei ist das Gegenteil der Fall.

### Der Betriebsrat hat Mitbestimmung!

So kann eine „kleine Missinterpretation“ eines Gerichtsurteils der Mehrheit des Betriebsrates eine ruhige Hängematte bescheren.

Den Vogel auf der Versammlung schoss allerdings Herr Dr. Burkardt ab. Seine Ausführungen zum Verkauf der Werkskläranlage waren dermaßen "problembereinigt", dass man zu der Auffassung kommen konnte die betroffenen Mitarbeiter würden sich über den Verkauf freuen. Lediglich einige Wortbeiträge begannen das von Burkardt gezeichnete Bild zu trüben. Ins-

besondere Gerd Peter Zielezinski konnte nachweisen, dass nicht für alle Mitarbeiter ein neuer Arbeitsplatz zugesichert worden war. Für die Anwesenden im Saal waren die Antworten von Burkardt dann auch entlarvend. Erst betonte er von keinem Betroffenen zu wissen, dann nannte er die genaue Zahl „7 Betroffene“ im einem Redebeitrag.

Das war anscheinend zu viel der Trickserie, denn in der anschließenden Betriebsrats-Ausschusssitzung wurde schnell eine Arbeitsplatzgarantie nachgereicht.

Nur der Betriebsratsvorsitzende hielt sich, wie viele der Zuhörer anmerkten, beim Streit um die Arbeitsplätze der Werkskläranlage, auf der Betriebsversammlung raus.



Der IG BCE-Referent zur Tarifpolitik, Ruch, redete als letzter und hatte dann auch keine Chance mehr bei den Zuhörern. 70 Prozent verließen zu Beginn seines Redebeitrages den Saal. Warum die IG BCE Betriebsräte ihn und sich dieser Blamage aussetzen ist nur zu erahnen. Denn der Betriebsrat könnte den Vertreter der IG BCE (Gewerkschaft) ja auch in der Tagesordnung nach vorne setzen. Aber vielleicht hielten die IG BCE Betriebsräte zusammen mit der Werksleitung den Beitrag der IG BCE-Vertreter für nicht so wichtig, schließlich war die Spitze

des Betriebsrates um Beumann und Bernauer früher ja „Unorganisierte“ mit ausgeprägter Gewerkschaftsgegnerschaft.

Allerdings hatte der IG BCE Bezirksleiter Ruch auch sein Anteil an der Vergraulung der Beschäftigten. Den Bayer Mitarbeitern, die den Saal verließen gab er als erstes einen blöden Spruch hinterher.

Dann führte er aus, dass die längere Lebensarbeitszeit nach dem 65 Lebensjahr (vorerst sollen wir ja bis 67 arbeiten), mit dem neuen Tarifvertrag verkürzt werden kann.

### DerXXL-Tarifvertrag Chemietarifpaket 2003 macht's möglich.

Die Mitarbeiter können sich in frühen Jahren ein Arbeitszeitpolster erarbeiten um dann früher in Rente zu gehen, so Ruchs Ausführungen.

Man kann es auch anders sehen: der geringe Widerstand der IG BCE-Gewerkschaft führte zur Verlängerung der Lebensarbeitszeit. Jetzt müssen die Beschäftigten billige Überstunden machen, die nicht bezahlt werden.

Oder auch so: In frühen Jahren soll man sich verausgaben, dann soll man sehen, ob man noch halbwegs normal (mit 60 Jahre) in Rente kommt.

Das Ende der Betriebsversammlung war dann auch Willy Beumann peinlich, kurzerhand machte er der Versammlung ein Ende - gut so.

Wir plädieren allerdings für vernünftige Versammlungen.

Themen gäbe es genug:

- Rebound-Schäden,
- Agenda 2010,
- Gesundheitsreform, usw.

Aber in dieser Diskussion würden Management, IG BCE-Gewerkschaft und die IG BCE-Betriebsräte ja schlecht abschneiden. Deshalb gab's nichts Interessantes auf der Tagesordnung. Bloß kein heißen Eisen anpacken, so die scheinbare Devise des IG BCE-Betriebsrat.

Vielen Dank an alle, die mit Ihrer  
Spende das Erscheinen dieser Zeitung  
ermöglichen.

Unsere Konto-Nr.: 4760625, Commerz-  
bank Wpt., BLZ 33040001, Kennwort :  
Hochwald/Belegschaftsliste

# Rebound – übles Geschäft...

Noch längst sind nicht alle vom Arbeitsplatzverlust betroffenen KollegInnen mit neuer Arbeit versorgt. Uns drängt sich auch leider der Eindruck auf, dass nicht alle maßgeblichen Menschen in der Personalabteilung wirkliches Interesse daran haben, gute und zufriedenstellende Lösungen zu erreichen.

So können wir nur verwundert bemerken, dass Elberfelder Abteilungen monatelang Personalbedarf melden, die Personalabteilung aber nicht sichtbar tätig wird. Erst bei konkreter Nachfrage und Drängeln von Betriebsräten werden dann noch zu vermittelnde KollegInnen (scheinbar widerwillig) angesprochen, dort vorzusprechen. Statt Chancen in Elberfeld auszuloten und zu nutzen, werden die Mitarbeiter heftigst gedrängt, sich auf teilweise passende Stellen in anderen Werken vorzustellen.

Äußert sich ein nicht auf Freistellungslisten aufgeführter Biologielaborant in der Personalabteilung, dass er bei einem Abfindungsangebot seinen Arbeitsplatz an noch zu vermittelnde KollegInnen abgeben möchte, so wird ihm entgegen, dass es keine qualifizierten Menschen für seinen Job gäbe ohne weitere Prüfung. Ihm wurde empfohlen, doch selbst einen Nachfolger zu suchen. Erst wenn er seinem Vorgesetzten einen geeigneten Nachfolger vermitteln könne, sei über eine mögliche Abfindung zu reden. Dabei hätte man doch annehmen müssen, dass die Personalabteilung hier die Chance nutzen würde, noch nicht untergebrachte qualifizierte KollegInnen schnell mit einem Arbeitsplatz zu versorgen.

## Ein Skandal

Erst nach Intervention durch ein Betriebsratsmitglied wird jetzt die Stelle für "Freigestellte" ausgeschrieben!

Fragt sich, welche Zielvereinbarung diese „leitenden Personaler“ zu erfüllen haben? Oder hat das etwa System?

Unsere dringende Bitte an alle Mitarbeiter lautet deshalb: Informieren Sie den Betriebsrat, wenn Sie den Einruck haben, dass in

Ihrem Bereich offene Stellen sind, die zu besetzen wären. Wir sind der Auffassung, dass alle Arbeitsplätze, die nicht unter Rebound gestrichen wurden, bei Personalabgängen auch wieder besetzt werden müssen!



## Die Zukunft der Gewerkschaften Alternativen zur gegenwärtigen Gewerkschaftspolitik

Diskussionsveranstaltung

des "Wuppertaler Sozialforum" (WSF)

In der aktuellen Diskussion steht die offene Krise der IGM – geht es hier um einen allgemeinen Richtungsstreit der zukünftigen Gewerkschaftspolitik?

- ➔ Den Gewerkschaften laufen die Mitglieder weg – Vertrauenskrise..?
- ➔ Die IGM bricht einen Arbeitskampf „von oben ab (?)“ und fokussiert auf betriebliche „Tarifbündnisse“ – Notwendigkeit oder Schwäche..?
- ➔ Fast alle Medien und Politiker wollen die Richtung der IGM beeinflussen – soll die Gewerkschaft ganz von der Basis abgekoppelt werden.. ?
- ➔ Ver.di schließt im öffentlichen Dienst Tarifverträge ab, die Arbeitszeitverlängerung und Lohnsenkungen beinhalten – „Ende der Gestaltungsmöglichkeit“ von Gewerkschaften..?
- ➔ Der DGB und die ihn dominierenden großen Einzelgewerkschaften nehmen den SPD/Grünen-Kahlschlag in der Sozialpolitik (Armut & „Zwangsarbeit“) und die neoliberale Privatisierungswelle sämtlicher sozialer Sicherungssysteme ohne nennenswerten Widerstand hin – gewerkschaftspolitischer Offenbarungseid..?
- ➔ Sind Basisaktivitäten notwendiger denn je?

Diskussion mit

- | **Beatrix Sasserma**n, Chemiekreismitglied
- | **Mag Wompe**l, Industriesoziologin und Labournet-Mitarbeiterin
- | **Manfred Scherbaum**, IGM-Bildungssekretär

**24. Juli 2003 – Beginn 19:00 Uhr**  
**Alte Feuerwache, Wagenhalle (EG),**  
**Wuppertal, Gathe 6,**

# Aus für die Werkskläranlage?

Am 16. Juni 2003 wurde der Betriebsrat offiziell davon in Kenntnis gesetzt, dass BHC eine Einigung mit dem Wupperverband zur Abgabe der werkseigenen Kläranlage erreicht hat. Werksleiter von der Linden begründete diesen Schritt mit der geringen Auslastung der Kläranlage und erwarteten finanziellen Vorteilen durch Personal- und Arbeitswegfall. Der Wupperverband stellte eine Übernahme von 8 - 13 von über 30 betroffenen Mitarbeiter in Aussicht. Die Tarife sind aber wesentlich niedriger als bei Bayer. Mittlerweile gibt es einen Aushang in der Bayer- Kläranlage, in dem 10 Stellen seitens des Wupperverbandes ausgeschrieben sind. Es fehlen allerdings Angaben zu den Konditionen einer etwaigen Beschäftigung. Die übrigen Mitarbeiter sollen laut Werksleiter von der Linden und Dr. Burkardt im Werk Elberfeld und in anderen Bayer - Kläranlagen untergebracht werden.

## Kläranlage soll verkauft werden

Es wurde von beiden Seiten eine unverbindliche Absichtserklärung unterzeichnet. Sollte die Abgabe der Kläranlage bis Ende 2003 vertraglich geregelt sein, wird ab 2004 unter der Regie des Wupperverbandes das Abwasser geklärt.

Ab 2006 bis 2010 kann der Wupperverband die Kläranlage an Bayer zurückgeben. Die Bayer AG plant für diesen Fall dann den Abriss auf eigene Kosten.

Ebenfalls am 16. Juni wurden die Beschäftigten der Kläranlage informiert. Die Beschäftigten sowie der Betriebsrat fordern den Weiterbetrieb in Bayerregie. Nach Meinung der Beschäftigten und des Betriebsrates sind weder die tatsächlichen Kosten,

die möglichen Einsarpotentiale sowie die Umweltschutz - Risiken korrekt bewertet worden bzw. lassen sich nicht nachvollziehen.

Entgegen den ersten Verlautbarungen der Werksleitung sind beim Übergang der Kläranlage in den Besitz des Wupperverbandes verschiedene rechtliche Aspekte zu beachten (Betriebsübergang/Interessenausgleich). Deshalb muss der Betriebsrat alle rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen, um mit den betroffenen Kollegen einen Weg zu finden, die Kläranlage weiter in Bayer-Besitz zu betreiben. Zum jetzigen Zeitpunkt muss verhindert werden, dass die Bayer AG weitere Fakten schafft, oh-

ne die Belegschaft und den Betriebsrat umfassend und detailliert zu informieren sowie Alternativvorschläge ernsthaft geprüft zu haben.

Befürchtungen in der Belegschaft, dass mit der Aufgabe der Werkskläranlage der Anfang vom Ende des Produktionsstandortes Elberfeld eingeleitet wird, konnten von der Werksleitung nicht ausgeräumt werden.

Sollte es der Bayer AG gelingen, sich von der Werkskläranlage in Elberfeld zu trennen, wird dieser Standort möglicherweise für zukünftige Produktionen mit hoher Abwasserlast nicht mehr in Frage kommen.



Die Belegschaftsliste lädt ein:



Wann: am 3. August 2003 ab 15.00 Uhr  
 Wo: Grillhütte auf der Hardt, Wuppertal Elberfeld  
 Für Essen und Trinken wird ausreichend gesorgt.  
 (Getränke für Kinder sind kostenlos!)

